

Richard Herzinger

Der trügerische Ruf nach Sicherheit

Mehr denn je sind die Liberalen gefordert, die zivilisatorischen Grundlagen der säkularen demokratischen Gesellschaft zu verteidigen

Ausgerechnet bei dem »Freiheitskongress« der FDP musste man den Eindruck gewinnen, der sozialen Unverträglichkeit verdächtigen Subjekten werde demnächst die Daseinsberechtigung entzogen. Jeder Kongressteilnehmer bekam zum Abschied ein Gratisexemplar eines Buches mit dem Titel »Wir! Warum Ichlinge keine Zukunft mehr haben«. Dessen erste Kapitelüberschrift lautet: »Vom Ich zum Wir!«

Hoppla?! War das nicht jene berüchtigte Parole, mit der die SED weiland die Zwangs-umerziehung »bürgerlicher Elemente« zu sozialistischen Menschen begleitete? Vielen Dank für diese Botschaft, liebe Liberale, dazu noch am 2. Oktober, dem Vorabend des Tags der deutschen Einheit!

Doch im Ernst: Natürlich weiß ich, dass das erwähnte Buch von Horst W. Opaschowski nicht die Parteilinie der FDP widerspiegelt, und vermutlich auch nicht die Zielrichtung einer programmatischen Korrektur ihrer bisherigen Positionen im neuen Grundsatzprogramm angibt. Und offensichtlich führt der Buchautor, der auf dem FDP-Kongress immerhin den ersten Gastvortrag hielt, mit seiner forschenden Egoismus-Kritik keine kollektivistische Gleich-

schaltung der Gesellschaft im Schilde – auch wenn es bedenklich stimmen muss, dass er Parolen wie »Vom Ich zum Wir« 20 Jahre nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Zwangsherrschaft offenbar bereits wieder ganz unbefangen verwenden zu können glaubt.

Forsche Egoismus-Kritik

Gemeinschaftsliberale wie Opaschowski erheben den Anspruch, für alle Einzelnen die Bedingungen einer wirklich erfüllten Freiheit zu formulieren, der das rücksichtslose Ausleben individueller Einzelinteressen zuwiderlaufe. Aus wohlverstandenen Eigennutz sollten wir Einzelnen nicht nur an unser eigenes, sondern auch an das Wohl der ganzen Gesellschaft denken. Wer gibt, dem wird gegeben. Wer immer nimmt, dem bleibt am Ende nichts, lautet in etwa die Botschaft, und sie entspreche auch einem fundamentalen Wertewandel in der Gesellschaft. Der übertriebene Individualismus der 90er und frühen Nuller-Jahre sei durch ein neues Bedürfnis namentlich junger Menschen nach Sicherheit abgelöst worden. Deshalb stehe auch in er-

ster Linie die Familie wieder hoch im Kurs.

Tatsächlich braucht man keine detaillierten soziologischen Studien, um das wachsende Bedürfnis nach Halt und Geborgenheit in sozialen und gesellschaftlichen Netzwerken zu erkennen. In hübsche poetische Worte hat es etwa die Gruppe »Silbermond« gefasst, deren Song »Irgendwas bleibt« gewiss nicht nur wegen seiner romantisch-balladenhaften Melodie, sondern auch wegen seiner flehentlichen Botschaft ein Hit wurde: »Gib mir ein kleines bisschen Sicherheit / In einer Welt, in der nichts sicher scheint / Gib mir in dieser schnellen Zeit / Irgendwas das bleibt.«

»Suche nach Sicherheit«

Kein Zweifel, dass Liberale diesem Gefühl der Verunsicherung in Zeiten verschärfter Konkurrenz und sich rasch auflösender vertrauter Strukturen Rechnung tragen müssen, wollen sie sich nicht als kalte und glatte Propheten eines stromlinienförmigen Erfolgsmenschentums, das nichts braucht als die Befreiung von den Fesseln staatlicher und gesellschaftlicher Bevormundung, von der Mehrzahl real existierender Menschen isolieren. Und dass sich Einzelne aus eigenem Antrieb zu Solidargemeinschaften jenseits staatlicher Fürsorge zusammenschließen, ist zweifellos im Sinne eines urliberalen Gedankens. Dennoch wäre es für die Liberalen fatal, würden sie sich aus Verzweiflung über dramatisch sinkende Umfrage-Ergebnisse eine Philosophie aufschwätzen lassen, die einmal mehr das Ende einer ruchlosen Spaß- und Ego-Gesellschaft ausruft, und die als Bußeübung für angeblich zu hemmungslos ausgelebte individuelle Freiheit die reuige Rückkehr in die Demut des Teilens mit der solidarischen

Gemeinschaft empfiehlt. Schon gar eine Bescheidungslehre, der zufolge wir uns mit dem Rückgang des materiellen Wohlstands abzufinden haben und uns darüber sogar noch freuen sollten, weil das Zusammenrücken der Gesellschaft in Notgemeinschaften mehr gesellschaftliches Glück produziere, dürfen sich Liberale nicht zu eigen machen. Wer heute wirtschaftliches Wachstum als Kategorie der Hybris eines überholten Zeitalters verabschieden will, muss in den Liberalen einen entschiedenen Gegner finden.

Trügerische Sicherheiten

Liberale müssen auch klarmachen, dass die Sicherheit, die dem Einzelnen gemeinschaftsförmige Strukturen in schweren Zeiten versprechen, trügerisch ist. Nichts gegen die Familie und die starken solidarischen Bande, die sie produzieren kann – Tatsache ist aber auch, dass ein großer Teil heute geschlossener Ehen das verflixte siebte Jahr kaum erreicht und nicht selten in existenziellen Konflikten und quälenden Abhängigkeiten endet. Die Familie ist nicht nur ein Hort der Geborgenheit, sondern auch der Ort, an dem die mit Abstand meisten Gewalttaten verübt werden. Der überwältigende Großteil von Gewaltverbrechen wird von Menschen verübt, die ihre Opfer gut kannten. Soziale Bindungen produzieren nicht nur Sicherheit, sondern auch erhöhte Risiken. Private und soziale Netzwerke können dem Einzelnen nützliche Rückversicherungen geben, sie schaffen aber auch neue Abhängigkeiten. Das Höchstmaß an Sicherheit bietet dem Einzelnen immer noch ein Maximum an persönlicher, sozialer wie geistiger Unabhängigkeit auch von solchen temporären sozialen Zusammenschlüssen.

Der trügerische Ruf nach Sicherheit

Beim Freiheitskongress der FDP waren von externen Rednern aber noch andere Ländehüter der Liberalismuskritik zu hören. So tischte der Philosoph und Bestsellerautor Richard David Precht der angeschlagenen und daher an der Rigidität ihrer marktliberalen Botschaften zweifelnden FDP einmal mehr die immer wieder gerne aufgewärmte Behauptung auf, der Kapitalismus könne die Voraussetzungen seines eigenen Funktionierens – das heißt: das ethische Regelwerk, das die Marktmechanismen schützt –, nicht aus sich selbst heraus hervorbringen. Als schlagendes Beispiel führte er dazu die brutale Ausbeutung – auch von Kindern – bei der Kakao-Ernte in Afrika an. Westliche Finanzspekulantinnen machten mit dem billig produzierten Kakao horrenden Profite und blendeten dabei die unmenschliche Grundlage dieser Geschäfte einfach aus. Die Verwertungslogik des Marktes sei demnach gegenüber ethischen Maßstäben gesellschaftlichen Zusammenlebens indifferent, woraus wohl folgen soll, dass er durch Instanzen in die Spur gebracht werden müsse, die nicht von Marktprinzipien geleitet werden, sondern gewissermaßen interessensfrei Idealen wie Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet sind.

Die moralische Ruchlosigkeit kapitalistischer Profitlogik lässt sich an Beispielen wie diesen natürlich spektakulär demonstrieren. In der Tat könnten nur naive Marktideologen behaupten, dass kapitalistische Verwertungsinteressen stets Gutes bewirken und nicht im Gegenteil unmenschliche Zustände oft noch befördern würden. Nicht weniger naiv scheint jedoch die Annahme, übergeordnete Institutionen wie der Staat oder überstaatliche Zusammenschlüsse wie die UN, am Ende vielleicht eine gültige Weltregierung, handelten

prinzipiell selbstlos und seien nur von hehren moralischen Prinzipien beseelt, die über den Wassern des eigennützigen weltlichen Treibens schwebten. In Wirklichkeit war es historisch gesehen erst die Entwicklung des freien Marktes und seiner weltweiten Ausbreitung, die den Werten von Humanismus und Aufklärung als Maßstäbe politischen Handelns im Sinne des Strebens nach allgemeiner Wohlfahrt und Gerechtigkeit zum Durchbruch verholffen hat. Ohne die Kommunikationsräume, die der Markt schuf, und ohne die Umstürze scheinbar gottgewollter ewiger Ordnungen, die seine Dynamik bewirkte, hätte es keinen Renaissance-Humanismus und keine aufklärerische Bewegung gegeben. Von Voltaire bis Kant waren alle großen Aufklärer daher glühende Befürworter des freien Marktes, Adam Smith verstand seine Theorie vom Wohlstand der Nationen als ethische Theorie über die Fähigkeit freier Menschen, sich untereinander in einen rationalen Austausch zu begeben. Brutale Ausbeutung der Arbeitskraft ist kein spezifisches Merkmal des kapitalistischen Marktes, es gab sie lange vor ihm. Erst der Markt aber hat jene Erfahrungswerte geschaffen, die es erlaubten, dieses Übel fundamental zu kritisieren und zu bekämpfen. Wo sich die Mechanismen des kapitalistischen Marktes gegen feudale Verhältnisse oder andere auf nackter Gewalt basierende Herrschaftsformen durchgesetzt hat, schuf er mehr allgemeinen Wohlstand und bürgerliche Gleichheit und nicht etwa weniger. Und in seinem Gefolge, nicht gegen ihn, entwickelten sich Rechtsstaat und Demokratie. Gewiss schafft der Markt nicht aus sich heraus unmittelbar die Institutionen seiner Regulation. Aber ohne ihn gäbe es nicht einmal die Idee, dass das Streben nach Chancengleichheit und gerechter Teilhabe aller am

gesellschaftlichen Reichtum das Ziel aller staatlicher Politik sein soll.

Zivilisatorische Voraussetzungen der freiheitlichen Ordnung

Mehr denn je ist die FDP gefordert, den Deutschen diese zivilisatorischen Voraussetzungen unserer freiheitlichen Ordnung verständlich zu machen. Sie kann ihr Tief nicht überwinden, indem sie Konzessionen an den vorherrschenden Diskurs einer wohlfeilen Kapitalismus-, Wohlstands- und Wachstumskritik macht. Auch sind Liberale aufgefordert, klassische Grundlagen der Demokratie gegen die Gefahr populistischer Erosion in Schutz zu nehmen und die repräsentative Demokratie gegen die Illusion von der Heilwirkung des Plebiszits zu verteidigen. Die »direkte Demokratie« kann in Wahrheit der Unfreiheit Tür und Tor öffnen, besteht doch die Gefahr, dass mit ihrer Hilfe besonders aktive Minderheiten der Mehrheit ihren Willen aufzwingen. Die Vorstellung, es gebe »ein Volk«, das durch den Mund einiger Sprecher seinen Willen gegen »die da oben« artikuliert, ist eine reaktionäre Utopie. In Wahrheit gibt es das »Volk« nur als Abstraktion, nicht als materielle Realität. Stattdessen gibt es nur eine heterogene Bevölkerung, die in zahllose Einzel- und Gruppeninteressen geteilt ist. Die repräsentative Demokratie – deren Mechanismen freilich durchaus ständiger Auffrischung bedürfen –, dient der Austarierung dieser widerstreitenden Interessen. Sie ist eine zivilisatorische Errungenschaft, die das Prinzip der Arbeitsteilung auf dem politischen Feld umsetzt. Entgegen seiner Intention wird der Kult um die Volksabstimmung im Übrigen den Einfluss von Parteien noch steigern, die sie benutzen werden, um ihre Ziele an den po-

litischen Institutionen vorbei durchzusetzen. Die Grünen geben im Streit um »Stuttgart 21« davon bereits einen Vorgeschmack.

Eine weitere Herausforderung für den deutschen Liberalismus zeichnet sich in der gegenwärtigen Integrationsdebatte ab. Wer Migrationsprobleme primär als Religionskonflikte dazustellen versucht, sägt an dem säkularen Fundament der pluralistischen, demokratischen Gesellschaft. Nicht im Namen nebulöser »christlicher Werte« können Herausforderungen wie der islamistische Totalitarismus bekämpft werden, sondern nur auf der Basis universaler Bürger- und Menschenrechte, deren Geltungskraft nicht von Religion, Kultur oder ethnischer Herkunft abhängig ist. Liberale müssen daher ein deutlicheres Engagement für die weltweite Verbreitung der Demokratie zeigen. Es gilt, sich gegen einen Kulturrelativismus zu stemmen, der ganze Völker einer als »kulturbedingt« beschönigten Unfreiheit überlassen und demokratische Verhältnisse auf ein besonderes Privileg der »abendländischen Kultur« reduzieren will. Das Gerede von »Kulturkreisen«, die demokratieunfähig seien, könnte konkret für Afghanistan verhängnisvolle Folgen haben. Sollten wir unter dem Vorwand des Kulturrelativismus die Afghanen der Herrschaft islamistischer Massenmörder ausliefern, hätten wir das Recht verwirkt, weiterhin über Menschenrechte und Freiheit zu dozieren.

Dr. Richard Herzinger,

*Politischer Korrespondent der »Welt« und der
»Welt am Sonntag«, Berlin.*
